

POLITISCHER BERICHT SLOWAKEI

Mai 2005

ÜBERSICHT

- **„Tigerstaat Slowakei“ beeindruckt mit Reformen und Investitionsboom**
- **Steuerreform nach Zauberformel 19**
- **Liberales Musterland oder Schreckgespenst des „alten“ Europa?**
- **Die Slowakei wird für die Investoren immer interessanter**
- **Autofabrik Europas**
- **Deutsche Investoren hoch zufrieden**
- **Ausblick: Euro und Arbeitsplatzwahl**

"Tigerstaat" Slowakei beeindruckt mit Reformen und Investitionsboom

Wegen ihrer radikalen Steuer- und Sozialreformen wird die Slowakei in internationalen Wirtschaftskreisen als Reformvorbild gelobt. Die Weltbank hat die Slowakei im vergangenen September in einer Analyse als "Reformorientierteste Wirtschaft der Welt" eingestuft. Aus politischen Gründen galt der EU-Beitritt der Slowakei noch bis vor wenigen Jahren als ungewiss. Deshalb wurde das Land lange von internationalen Investoren gemieden. Nun aber bietet die Slowakei für amerikanische Investoren wie U.S. Steel Kosice in der Ostslowakei oder den südkoreanischen Autokonzern Hyundai-Kia eine ideale Kombination aus Mitgliedschaft im großen EU-Markt und dennoch weit niedrigere Arbeitskosten als in fast allen anderen EU-Ländern. Dabei schätzen ausländische Investoren an den vergleichsweise billigen slowakischen Arbeitskräften ihren traditionell hohen technischen Ausbildungsstandard und ihren sprichwörtlichen Fleiß. Seit dem Jahr 2002 liegt das Wirtschaftswachstum konstant bei rund fünf Prozent pro Jahr und soll laut Prognosen auch in

dieser Höhe bleiben. Im Jahr 2004 erreichte das Wachstum des sog. "mitteleuropäischen Tigerstaats" gar 5,5 Prozent.

Steuerreform nach Zauberformel 19

"Die Slowakei kommt nicht nur als bloßer Empfänger in die Europäische Union, sondern hat auch selbst etwas zum großen Gemeinsamen beizutragen. Ein neues, gerechtes Steuersystem als Vorbild für ganz Europa", bringe die Slowakei als ihren wertvollsten Beitrag in die erweiterte Europäische Union ein. Das sagte der christdemokratische Ministerpräsident Mikuláš Dzurinda (Slowakische Demokratische und Christliche Union - SDKÚ) stolz am Vorabend des slowakischen EU-Beitritts bei einer Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Bratislava. Der international am meisten beachtete slowakische Reformschritt war die Einführung einer Einheitssteuer (Flat tax) von 19 Prozent auf alle Einkommen von Firmen und Privatpersonen. Sie gilt seit 1. Januar 2004 und hat großen Druck auf andere europäische Länder bewirkt, ebenfalls ihre Steuern zu senken. So zog beispielsweise das unmittelbare Nachbarland Österreich eilig nach und senkte noch im selben Jahr im Zuge einer Steuerreform ebenfalls die Unternehmenssteuern deutlich, um eine drohende Abwanderung von Firmen über den Grenzfluss March zu verhindern. Die Hauptstädte Wien und Bratislava sind nur 60 Kilometer von einander entfernt, sodass ein Standortwechsel ohne dramatische Kontaktverluste zur bisherigen Firmenklientel möglich wäre. Die österreichische Außenhandelsstelle in Bratislava erhielt schon vor dem formellen EU-Beitritt der Slowakei unzählige Anfragen bezüglich solcher Übersiedlungsmöglichkeiten. Auch tschechische Firmen zeigten steigendes Interesse. Für sie fällt die Sprachbarriere weit gehend weg, da Tschechisch noch immer von fast allen Slowaken problemlos verstanden wird.

Zugleich mit der Einführung der Flat tax wurde allerdings trotz mancher öffentlicher Kritik auch die Mehrwertsteuer auf 19 Prozent erhöht, bisherige Steuerbegünstigungen für manche Grundbedürfnisse fielen weg. Dividenden werden seit 2004 überhaupt nicht mehr besteuert. Auch das Arbeitsrecht wurde unternehmerfreundlich umgestaltet. Und im Sozial- und Rentensystem wurden die Prinzipien Eigenverantwortlichkeit und private Vorsorge verstärkt. Die von der slowakischen Mitte-Rechts-Regierung verordneten Schlagworte "Eigeninitiative" und "Arbeit soll sich lohnen" sind aber nach 40 Jahren staatlicher Rundumversorgung nicht bei allen Slowaken beliebt. Dennoch gibt es kaum Streiks, die Gewerkschaften sind schwach.

Liberales Musterland oder Schreckgespenst des "alten" Europa?

Die Weltbank empfahl das slowakische Reformmodell gerade den "alten" EU-Ländern zur Nachahmung. Bei vielen dortigen Regierungen und erst recht Gewerkschaften löste das slowakische Vorbild aber weniger Bewunderung denn Ängste oder gar Entsetzen aus. Die Regierungen Deutschlands und Frankreichs stellten sich an die Spitze der Kritiker, die immer lauter vor einem "Steuerwettlauf" sowie "Sozial- und Lohndumping" durch die Slowakei und manche andere neue EU-Mitglieder warnen. Spitzenpolitiker der slowakischen Regierungsparteien wehren sich aber entschieden dagegen, für ihre Reformpolitik an den europäischen Pranger gestellt zu werden: "Nur wenn die EU den Wettbewerb im Inneren zulässt, kann sie auch nach außen wettbewerbsfähig sein", wiederholen Ministerpräsident Dzurinda, aber auch der slowakische EU-Kommissar Ján Figel immer wieder fast wortgleich. Schützenhilfe erhalten sie dabei auch aus "alten" EU-Ländern. So betonte beispielsweise die deutsche Oppositionschefin Angela Merkel im Rahmen eines Slowakei-Besuchs im Vorjahr, das durch die Niedrigsteuern erzielbare Wirtschaftswachstum von Ländern wie der Slowakei sei für die gesamte EU von Vorteil. Oft übersehen wird in der vereinfachenden polemischen Zweiteilung Europas in "alte" und "neue" Mitgliedsländer übrigens, dass das "alte" Mitgliedsland Irland den Neulingen bei der Steuersenkung noch immer voraus ist, während beispielsweise das sozialdemokratisch regierte neue EU-Mitglied Tschechien in den vergangenen Jahren gar keinen großen Willen zeigte, Steuern zu senken.

Die Slowakei wird für Investoren immer interessanter

Dank ihrer Reformen ist die Slowakei nicht mehr nur für Großkonzerne, sondern zunehmend auch für mittlere und kleinere Firmen aus den unmittelbaren Nachbarländern ein verlockendes Investitionsziel. Besonders stark angezogen hat das Land schon bisher die Automobilindustrie. Doch auch für andere Industriezweige ist die Slowakei attraktiv. Der amerikanische Stahlriese U.S. Steel hat schon vor fünf Jahren ein großes Stahlwerk in der ostslowakischen Stadt Košice (Kaschau) gekauft, um von dort aus den europäischen Markt zu erobern. Wenige Kilometer nördlich von Bratislava lässt sich gerade die französische Stahlfirma Arcelor nieder. Die Reifenfirmen Continental und Pirelli wollen Teile ihrer Produktion in die Slowakei verlegen und der Elektronikkonzern Samsung baut seine bereits in der Slowakei bestehenden Kapazitäten beträchtlich aus. Anfang Mai dieses Jahres hat auch der südkoreanische Reifenkonzern Hankook mit der Regierung eine Investition von 500 Millionen Euro in eine neue Produktionsstätte im südwestslowakischen Levice vereinbart.

Die Slowakei ist aber nicht mehr nur "verlängerte Werkbank" für einfache Produktionstätigkeiten, sondern entwickelt sich immer mehr zu einem Dienstleistungszentrum vor allem für Finanzinstitute und Computerfirmen. Der amerikanische Computerhersteller Dell hat vor zwei Jahren die Kundenbetreuung für den deutschsprachigen Markt vom Verkauf bis zum telefonischen Technical Support in ein rasch wachsendes Callcenter in der Slowakei verlagert. 2004 hat auch Konkurrent Hewlett-Packard ein internationales Kundenzentrum in der Slowakei errichtet.

Trotz des Investitionsbooms, der dem Land ein Wirtschaftswachstum von rund fünf Prozent bescherte, das auch in den kommenden Jahren halten dürfte, bleibt die Arbeitslosigkeit in der Slowakei vorerst die zweithöchste in der EU (hinter Polen). Je nach Berechnungsmethode lag sie 2004 zwischen rund 13 Prozent (slowakisches Sozialministerium) und 18,1 Prozent (slowakisches Statistikamt). Der für internationale Vergleiche wohl brauchbarste Wert ist jener des europäischen Statistikamtes Eurostat mit 16,2 Prozent. Dass sich die Investitionstätigkeit bisher noch wenig in einem Sinken der Arbeitslosigkeit auswirkte, hat mit der Struktur der bisherigen Großinvestitionen zu tun: Großteils waren sie noch keine Investitionen "auf der grünen Wiese", sondern schlichte Verkäufe von ehemaligen Staatsbetrieben. Die Übernahme dieser Betriebe durch ausländische Firmen ging aber zunächst mit kräftigem Abbau der Mitarbeiterzahlen im Zuge von Rationalisierungen einher. So ergab sich im Jahr 2004 die auf den ersten Blick paradoxe Situation, dass die Medien über ein Investitionsvorhaben nach dem anderen berichteten, während dennoch laut den Daten des staatlichen Statistikamtes das Volumen der ausländischen Direktinvestitionen gegenüber 2003 leicht zurück ging und auch die Arbeitslosigkeit wieder leicht auf die erwähnten 18,1 Prozent anstieg. Nun ist aber die Trendwende in Sicht, weil die Positivmeldungen der Medien nun verwirklicht werden: Vor allem durch den teils schon begonnenen, teils angekündigten Bau neuer Automobilfabriken und Automobilzulieferbetriebe wird in den kommenden Jahren aus dem bisherigen Ankündigungsboom ein realisierter Boom. Dieser wird sich nach Einschätzung von Ökonomen auch auf die Beschäftigung auswirken muss - wenn auch nur sehr langsam. Der Makroökonom Karol Morvay vom rechtsliberalen Think tank MESA 10 schätzt den Rückgang der Arbeitslosigkeit für 2005 auf nicht ganz ein Prozent (von 18,1 auf 17,2 Prozent) ein. Profitieren werde zunächst die Baubranche und dann die Automobilbranche selbst.

Autofabrik Europas

Die Slowakei wird zur Autofabrik Europas. Schon jetzt ist die Automobilindustrie in der Slowakei der mit Abstand größte Produktionszweig. Im Jahr 2004 erreichte sie laut der

slowakischen Wirtschafts-Wochenzeitung "Trend" mit einem Umsatz von 310 Milliarden Kronen (knapp 8 Milliarden Euro) einen Anteil von 25 Prozent an der gesamten Industrieproduktion des Landes. Schon seit Anfang der 90-er Jahre unterhält Volkswagen in Bratislava einen seiner weltweit ertragreichsten Produktionsstandorte, der inzwischen durch einen weiteren Standort in der Mittelslowakei ergänzt wurde. Demnächst werden zu Volkswagen Slovakia und zahlreichen schon jetzt im Land befindlichen Autozulieferbetrieben auch noch zwei weitere große Autofabriken neu hinzukommen: Ende 2006 wird Peugeot PSA in der nur 50 Kilometer von Bratislava entfernten Stadt Trnava und bis Anfang 2007 Kia-Hyundai in seinem ersten Europa-Standort in der nordslowakischen Stadt Žilina die Produktion aufnehmen. Die Slowakei wird dann mit einer prognostizierten Jahresproduktion von etwa 800.000 Autos zum fünftgrößten Automobilproduzenten der Welt aufsteigen. Gemessen an der Einwohnerzahl von nur 5,4 Millionen wird das Land mit jährlich fast 150 produzierten Autos pro 1.000 Einwohnern sogar die klare Nummer Eins der Welt sein. Diese Konzentration an Autofirmen wird weitere Autozulieferer ins Land locken. Volkswagen Slovakia beschäftigt schon jetzt laut eigenen Angaben mehr als 9.000 Mitarbeiter. PSA und Kia wollen jeweils 2.300 bis 2.800 weitere Mitarbeiter direkt beschäftigen. Ein Vielfaches dieser Mitarbeiterzahlen machen die Beschäftigten in der Zulieferindustrie aus. Schätzungen gehen gar davon aus, dass in rund fünf Jahren bis zu 100.000 Menschen im Automobilssektor beschäftigt sein werden. Damit droht den zahlreichen jetzt ins Land strömenden Investoren dieses Sektors die paradoxe Situation, trotz einer Arbeitslosenrate von rund 18 Prozent, um qualifizierte Arbeitskräfte wetteifern zu müssen. Auch wenn Volkswagen schon seit den 90-er Jahren in der Slowakei tätig ist, steht außer Zweifel, dass der Investitionsboom in der Slowakei im Allgemeinen und das explosionsartige Wachstum der dortigen Autoindustrie in einem ursächlichen Zusammenhang mit dem EU-Beitritt stehen: Ohne EU-Beitritt wäre die Slowakei als Standort für internationale Konzerne wesentlich weniger interessant. Denn als Markt ist die Slowakei selbst ziemlich bedeutungslos, und um in den eigentlichen Zielmarkt EU zu gelangen, müssten sie die Hürden einer Zollgrenze in Kauf nehmen. Nun aber genießen sie die Vorteile des Binnenmarktes und können zugleich sehr gut qualifizierte Arbeitskräfte zu wesentlich niedrigeren Löhnen als in fast allen anderen EU-Ländern anstellen.

Auffällig ist, dass die Gewinner meist nicht rein slowakische Unternehmen sind, sondern eher slowakische Tochterfirmen ausländischer Unternehmen - zumeist aus "alten" EU-Ländern. Slowakische Dienstleister zeigen sich hingegen eher enttäuscht, dass ihnen der EU-Beitritt weniger rasch Vorteile brachte, als sie erhofften. Das liegt jedoch nicht nur an Übergangsfristen hinsichtlich der Einschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit der "alten"

EU-Länder. Die slowakischen Firmen haben in ihrem früheren Optimismus wohl auch unterschätzt, wie groß die Sprachbarrieren für sie sein könnten. Und selbst wenn diese beiden Hürden künftig überwunden werden können, warten auf die slowakischen Dienstleister keine automatischen Konkurrenzvorteile durch ihre derzeit noch niedrigeren Preise: "Die Slowaken werden in Frankreich oder Deutschland nicht Dienste zu jenen Preisen anbieten können, die jetzt in der Slowakei gelten", beschwichtigt Unternehmerpräsident Ján Oravec im Gespräch mit der slowakischen Tageszeitung "Pravda" häufige Befürchtungen in den "alten" EU-Ländern. Denn um dort Dienstleistungen anbieten zu können, seien erst einmal Ausgaben zu tätigen, die sich kapitalarme slowakische Dienstleister nicht ohne weiteres leisten können. Die Anmietung von Büroräumlichkeiten in Deutschland zu weit höheren Preisen als in der Slowakei werde sich natürlich auch in höheren Preisen der Dienstleistungen niederschlagen.

Deutsche Investoren hoch zufrieden

Der mit Abstand größte Investor in der Slowakei ist Deutschland. Volkswagen Slovakia als hundertprozentige Tochter des Wolfsburger Automobilkonzerns ist das größte Exportunternehmen des Landes. Die Deutsche Telekom hält mit ihrer Tochter Slovak Telekom eine ähnlich marktbeherrschende Stellung wie die Allianz-Tochter Slovenská Poist'ovňa unter den Versicherungen. Auch im Energiesektor sind deutsche Firmen wie EnBW, E.On, RWE und Ruhrgas als Miteigentümer der Strom- und Gasversorger stark vertreten. Und im Medienbereich vereint die Passauer Verlagsgruppe den Großteil der Regionalzeitungen mit der international prominentesten überregionalen Tageszeitung und den wichtigsten Zeitungen der ungarischen Minderheit in einer Hand.

Für deutsche Firmen haben sich die Investitionen in der Slowakei gelohnt. Nur acht Prozent der derzeit dort tätigen deutschen Unternehmen würden sich heute lieber für ein anderes Zielland entscheiden. 92 Prozent hingegen würden wieder die Slowakei wählen, wenn sie sich nochmals entscheiden müssten. Dieses sehr positive Stimmungsbild ergab eine vom Delegiertenbüro der Deutschen Wirtschaft in der Slowakei durchgeführte und vor kurzem in Bratislava präsentierte Umfrage. Dieter Mankowski, der Leiter des Delegiertenbüros der Deutschen Wirtschaft in der Slowakei und zugleich Geschäftsführer der Deutsch-Tschechischen Handelskammer in Prag, rechnet daher fest damit, dass schon in Kürze, "vielleicht noch im Jahr 2005", auch eine Deutsch-Slowakische Handelskammer gegründet wird. Dass die Slowakei bis vor wenigen Jahren noch einen zu hohen Staatsanteil in der Wirtschaft hatte, sei neben bürokratischen Hindernissen (z. B. eine in der Slowakei bis vor kurzem vorgesehene Besteuerung einer solchen Kammer) der Hauptgrund

dafür, dass diese Gründung bisher noch nicht erfolgt sei, erklärte Mankowski. Die kurz zuvor in Prag veröffentlichte Vergleichsumfrage für Tschechien (siehe Prager Zeitung vom 27. April) ergab beispielsweise, dass rund 50 Prozent jener deutschen Firmen, die mit ihrer Standortwahl in Tschechien nicht mehr zufrieden sind, gerade die Slowakei als Alternative wählen würden, wenn sie sich nochmals entscheiden könnten. Doch auch ein Vergleich des Zahlenmaterials der Slowakei-Umfrage mit der in Tschechien durchgeführten Parallelumfrage kam zu interessanten Ergebnissen: obwohl die deutschen Investoren in der Slowakei ihre bisherige Geschäftslage als nicht ganz so gut beschreiben wie jene in Tschechien, ist der Optimismus der in der Slowakei tätigen Firmen auffallend größer. Während in Tschechien 58 Prozent der befragten deutschen Unternehmen ihre gegenwärtige Geschäftslage als gut bezeichneten, waren es in der Slowakei nur 44 Prozent. Bei den Umsatzerwartungen für 2005 verschiebt sich das Bild aber deutlich zugunsten der Slowakei: Während in Tschechien schon beeindruckende 57 Prozent steigende Umsätze erwarten, sind es in der Slowakei gar 65 Prozent der deutschen Firmen. Über zwei Drittel der in der Slowakei tätigen deutschen Firmen gaben an, dass ihre Umsätze schon im Jahr 2004 gestiegen seien. Nur acht Prozent verzeichneten Umsatzrückgänge. Sehr optimistisch sehen die deutschen Investoren auch die Zukunft der slowakischen Wirtschaft im Allgemeinen und die ihrer eigenen Unternehmen im Land. Mehr als 70 Prozent der Unternehmen gehen davon aus, dass die dynamische Konjunktur im Jahr 2005 weiter an Fahrt gewinnt. Positiver als in Tschechien sind in der Slowakei auch die Einschätzungen des EU-Beitritts und der Euro-Einführung. Eine hohe Zustimmungsrates findet erwartungsgemäß der vor einem Jahr erfolgte EU-Beitritt der Slowakei. Mehr als drei Viertel der befragten Unternehmen erwarten sich davon Vorteile, nämlich 77 Prozent (in Tschechien 71 Prozent). Die Euro-Einführung begrüßen in der Slowakei 76 Prozent der deutschen Firmen als erstrebenswert (in Tschechien 71 Prozent).

Als Kriterien für ihre Standortwahl nannten die befragten Firmen in der Slowakei vor allem Leistungsbereitschaft und Qualifikation der Mitarbeiter, sowie die geringe Steuerbelastung und die niedrigen Lohnkosten. Die Bedingungen für Forschung und Entwicklung waren nach ihrer Einschätzung aber schlechter als in Tschechien und anderen vergleichbaren Nachbarländern. Dieter Mankowski erklärte dies bei der Präsentation der Umfrageergebnisse damit, dass die Slowakei "trotz der zuletzt sehr positiven Entwicklung noch einen zeitlichen Rückstand aufweist, weil hier die Reformen später begonnen wurden". Da vorläufig der Anteil großer Firmen an den deutschen Investoren in der Slowakei noch sehr hoch ist, spielen Marktfaktoren eine relativ geringe Rolle bei der Standortwahl. Mankowski rechnet aber damit, dass der Anteil der in der Slowakei tätigen Klein- und Mittelbetriebe

rasch steigen werde. Dann würden auch Kriterien wie z. B. Rechtssicherheit oder Zugang zu finanziellen Förderungen an Bedeutung gewinnen.

Auch die für die Slowakei sehr wichtigen österreichischen Investoren strahlen vor Optimismus über ihr Engagement im östlichen Nachbarland. Die Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) führt zwar vorläufig noch keine ähnlichen Umfragen durch. Vorerst seien aber allein schon die enormen Zuwachsraten der österreichischen Investitionen und vor allem der österreichisch-slowakischen Handelsbeziehungen der beste Beweis für die Zufriedenheit österreichischer Firmen mit der Slowakei, meint der österreichische Handelsdelegierte in der Slowakei, Konstantin Bekos. Derzeit schätzt er die Zahl der österreichisch-slowakischen Gemeinschaftsunternehmen auf 1.700, während Mankowski "nur" 230 deutsche Firmen in der Slowakei erfasst. Unter den österreichischen Unternehmen ist der Anteil der kleineren und mittleren Betriebe weitaus größer als unter den deutschen Firmen. Neben den niedrigen Löhnen und günstigen Steuerbedingungen schätzen die österreichischen Firmen laut Bekos auch die mit dem EU-Beitritt erzielte Rechtssicherheit und den infolge von Auslandsinvestitionen und Einkommenszuwächsen der Slowaken wachsenden Markt. Für manche Firmen ist die Slowakei aber auch ein willkommenes Sprungbrett weiter in den Osten, vor allem in die Ukraine.

Ausgewählte Antworten aus der DIHK-Umfrage:

Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Geschäftslage Ihres Unternehmens?

gut	44 Prozent
befriedigend	51
schlecht	5

Unsere Umsätze werden sich im Jahr 2005 Vergleich zum Vorjahr wie folgt entwickeln:

eher besser	65
gleich bleibend	31
eher schlechter	4

Unsere Investitionsausgaben werden im Jahr 2005:

steigen	44
---------	----

gleich bleiben	48
fallen	8

Die Auswirkungen der EU-Erweiterung vom 1. Mai 2004 sind für unser Unternehmen grundsätzlich:

positiv	77
neutral	21
negativ	2

Ist die Einführung des Euro in der Slowakei erstrebenswert?

ja	76
keine Meinung	7
nein	17

Quelle: Delegiertenbüro der Deutschen Wirtschaft in der Slowakei, April 2005

Ausblick: Euro und Arbeitsplatzwahl

Die Slowakei will den Euro ab 1. 1. 2009 einführen. Ursprüngliche Pläne einer Euro-Einführung schon im Jahr 2008 gehen sich aufgrund der Berechnungsweise der Erfüllung der Maastricht-Kriterien nicht aus. Die slowakische Regierung hatte vergeblich versucht, die Kosten der Anfang dieses Jahres angelaufenen Pensionsreform aus der Defizitbeurteilung ausklammern zu dürfen. Dann, so hoffte sie, wäre eine rechtzeitige Erfüllung der Kriterien für eine Euro-Einführung im Jahr 2008 kein Problem gewesen. In slowakischen Wirtschaftskommentaren tauchten daher in Zusammenhang mit jüngsten Aufweichungen des Stabilitätspaktes mehrfach sarkastische Kommentare auf: Große Länder wie Deutschland oder Frankreich könnten auch langfristig Defizitsteigernde statt -senkende Ausgaben noch als Ausnahmegenehmigung durchdrücken. Die langfristig Budgetstabilisierende Ausgliederung eines Teils der zukünftigen Pensionsausgaben in die Privatvorsorge werde hingegen nicht als ausreichendes Argument für eine Ausnahmegenehmigung anerkannt. Die slowakische Regierung gehört zu den energischen Verfechtern einer Beibehaltung möglichst strenger Regeln für den Stabilitätspakt.

Noch vor wenigen Jahren galt die Geldanlage in US-Dollar oder Euro bzw. früher D-Mark als vorzugswürdig gegenüber der Anlage in der „unsicheren“ Landeswährung Slowakische

Krone (SKK). Doch seit mehr als einem Jahr ist es die Krone, die sich als die wesentlich stärkere Währung erweist - nicht nur gegenüber dem US-Dollar, sondern von vorübergehenden Schwankungen abgesehen auch gegenüber dem Euro. Da die großen Deregulierungen von früher staatlich festgelegten Preisen, vor allem für Energie, inzwischen abgeschlossen sind, ist für die kommenden Jahre auch kein großer Inflationsdruck mehr zu erwarten. Und das Budgetdefizit glaubt Finanzminister Ivan Mikloš so locker unter die Drei-prozenthürde bringen zu können, dass ihm internationale Finanzinstitutionen schon vorbehalten, er hätte sich ruhig ambitionösere Ziele setzen können.

Relativ neu ist die steigende Skepsis der Slowaken gegenüber der Einheitswährung Euro. Vor dem EU-Beitritt galt der Euro als Wohlstandssymbol und eines der Lockmittel zur Zustimmung zu einem EU-Beitritt. Nun aber, da die Slowakische Krone aufgrund steigender Auslandsinvestitionen, aber auch aufgrund von Spekulationen kontinuierlich gegenüber dem Euro gestiegen ist, will laut dem Meinungsforschungsinstitut des nationalen Statistikamtes (ÚVVM ŠÚ SR) nur mehr ein Viertel der Bevölkerung eine rasche Euro-Einführung, während die Mehrheit mit einer längeren Beibehaltung der Landeswährung sympathisiert. Da aber über die Euro-Einführung kein Referendum vorgesehen ist und vorerst auch keine Partei ernsthaft signalisiert, die Währungsfrage zum Wahlkampfthema zu machen, dürfte dieser Stimmungsumschwung ohne praktische Konsequenzen bleiben.

Obwohl das durchschnittliche Monatseinkommen der Slowaken bei nur 15.825 Kronen (406 Euro) liegt, halten Wirtschaftsexperten die Wahrscheinlichkeit, dass sehr viele von ihnen nach dem Ende der Übergangsfristen für den EU-Arbeitsmarkt in den Westen abwandern werden, für eher gering. Sie verweisen darauf, dass es derzeit kaum Arbeitsmigration im Inland gibt, obwohl in manchen Ostregionen eine Arbeitslosenrate von fast 30 Prozent besteht, während Bratislava mit nur vier Prozent Arbeitslosen fast Vollbeschäftigung aufweist. Zu erwarten ist jedoch nach Expertenansicht, dass in die unmittelbar angrenzenden Regionen Ostösterreichs, vor allem nach Wien, so genannte Tagespendler regelmäßig zwischen österreichischem Arbeitsplatz und slowakischem Wohnort hin- und herfahren werden.

Bratislava, 31. Mai 2005
Christoph Thanei

Dr. Stefan Gehrold
(Leiter des Verbindungsbüros)